



# Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie?

Eine empirische Analyse der Wahlergebnisse und Wählerprofile sozialdemokratischer Parteien in Europa in den letzten zwanzig Jahren

**BERNHARD WESSELS**

Mai 2010

- Diese Studie ergründet aus empirischer Sicht, was von den jüngsten Abgesängen auf die Sozialdemokratie zu halten ist. Bernhard Weßels analysiert die elektorale Performance und das Wählerprofil sozialdemokratischer Parteien in zwölf europäischen Ländern für den Zeitraum 1990 bis 2009.
- Das Ergebnis ist – jedenfalls für Anhänger des Krisenszenarios – überraschend. Von einem Ende der Sozialdemokratie kann keine Rede sein. Auch eine strukturelle Krise ist nicht erkennbar, da sich die sozialdemokratischen Parteien ihren Charakter als Volksparteien und ihren Identitätskern bewahren konnten. Die Tatsache, dass gerade in Westeuropa sozialdemokratische Regierungen abgewählt worden sind, ist mit normalen zyklischen Entwicklungen zu erklären.
- Als Entwarnung sollte die Studie dennoch nicht (miss-)verstanden werden: Denn Wahlen werden nicht von alleine gewonnen: Die Sozialdemokratie in Europa steht in vielen Ländern vor der Aufgabe, ihr Profil wieder zu schärfen, um als echte Alternative zu den derzeitigen Regierungsparteien erkennbar zu sein. Außerdem weist die Studie auf eine problematische Wählerstruktur sozialdemokratischer Parteien hin: Keine andere Parteienfamilie ist vergleichbar schlecht bei den jüngeren Wählern aufgestellt.





## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>2. Methode und Daten</b> .....	<b>5</b>
<b>3. Elektorale Performanz zwischen 1990 und 2009</b> .....	<b>6</b>
<b>4. Sozialdemokratische Regierungen und Regierungsbeteiligungen zwischen 1990 und 2009</b> .....	<b>10</b>
<b>5. Sozialdemokratische Wählerprofile im Zeitraum von 2002 bis 2008</b> .....	<b>15</b>
<b>6. Wahlverhalten von Kerngruppen der Sozialdemokratie: Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter 2002 bis 2008</b> .....	<b>20</b>
<b>7. Krise der Sozialdemokratie?</b> .....	<b>22</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>24</b>





## Vorwort

Gero Maaß und Jan Niklas Engels

Während Anfang des Jahrtausends noch der Großteil der europäischen Länder von Sozialdemokraten regiert wurde, erscheinen zehn Jahre später sozialdemokratische Regierungschefs in Europa als eine vom Aussterben bedrohte Minderheit. Steckt die europäische Sozialdemokratie in einer tiefen Krise? Oder gibt dieses viel bemühte Krisenszenario die komplexe Realität nicht treffend wieder? Während die SPD im September 2009 mit 23 Prozent eine historische Wahlniederlage erlitt, gewannen im Monat darauf die Sozialdemokraten in Griechenland die absolute Mehrheit im Parlament. Die französische PS kam im Juni 2009 bei den Europawahlen nur noch auf blamable 16 Prozent der Stimmen, doch bereits im März 2010 konnte sie im Bündnis mit anderen Parteien des linken Spektrums die Wahlen in fast allen 26 Regionen des Landes erringen. Wie ist es also wirklich um die Sozialdemokratie in Europa bestellt?

Vor dem Hintergrund dieser Frage untersucht mit dieser datengestützten Analyse Bernhard Weßels für zwölf europäische Länder (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Spanien, Tschechien, Ungarn) die elektorale Performanz sozialdemokratischer Parteien in den letzten zwanzig Jahren sowie deren sozialstrukturelles Wählerprofil. Das Ergebnis ist für alle Anhänger der These vom baldigen Untergang der Sozialdemokratie enttäuschend: Trotz zahlreicher Niederlagen sozialdemokratischer Parteien in Europa lässt sich kein statistisch signifikanter Abwärtstrend nachweisen. Bei den Wählerprofilen zeigt sich, dass die Wählerstruktur sozialdemokratischer Parteien ziemlich genau den gesamtgesellschaftlichen Strukturen entspricht. Dies passt gut zum Eigenanspruch einer Volkspartei, die für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen wählbar sein muss. Gleichzeitig finden sich weiterhin überproportional Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter in der sozialdemokratischen Wählerschaft. Dieses Wahlverhalten traditioneller Kerngruppen weist auf die erfolgreiche Bewahrung der eigenen Identität als Sozialdemokratie hin.

So erfreulich die Ergebnisse der Studie für alle Anhänger der Sozialdemokratie auch sind, eines sind sie sicherlich nicht: ein Plädoyer für ein leichtfertiges weiter so. Auch wenn kein struktureller Abwärtstrend für die Sozialdemokratie vorliegt, so gibt es im politischen Geschäft keinen Automatismus, dass nach Wahlniederlagen wieder Siege folgen. Nur wer ein überzeugendes Profil entwickelt und klare politische Alternativen anbieten kann, wird auch Wahlsiege feiern können. Gerade die sozialdemokratischen Parteien haben es immer wieder verstanden, die Herausforderungen der Zeit zu erkennen und passende politische Antworten, die Politikoptionen für eine sozial gerechtere Welt beinhalten, zu formulieren. Diese Zukunftsaufgabe muss die Sozialdemokratie in einigen europäischen Ländern wieder annehmen und umsetzen.

Ein Befund dieser Studie sollte zusätzlich zum Nachdenken anregen: Die Sozialdemokratie in Europa hat die ältesten Wähler. Die größten Erfolge erzielen sozialdemokratische Parteien in der Gruppe der 50- bis 65-Jährigen, gefolgt von der Gruppe der 40- bis 50-Jährigen. Der Befund ist alarmierend, da die Wähler anderer Parteien im Schnitt zwei Jahre jünger sind, die Konkurrenzparteien in den jüngeren Altersgruppen (bis 35 Jahre) deutlich besser aufgestellt sind. Die Schwäche sozialdemokratischer Parteien bei jüngeren Wählerschichten mag ein Hinweis darauf sein, dass die Sozialdemokratie zu lange auf eine »milieugeborene« Stammwählerschaft vertraut hat. In Zeiten der Auflösung der klassischen sozialen Milieus und der Zunahme der Komplexität sozialer Schichtungsverhältnisse wird es für Parteien immer schwieriger, langfristige Bindungen und Loyalitäten der Wählerschaft herzustellen. Dies mag die Sozialdemokratie mit ihrer Verwurzelung in der Arbeiterschaft besonders stark treffen, doch der sozio-demographische Wandel und seine Folgen treffen alle Parteien. Zukünftig wird es immer weniger klar abgrenzbare Wählerschichten geben, gleichzeitig nimmt die Wechselbereitschaft der Wähler zu.



Das Verschwinden klarer Wählerstrukturen sowie die schwindende Kraft von Parteien, Identität stiftend aufzutreten, mögen bedauerlich sein, doch liegt darin auch ein Trost für die zuletzt nicht überall von Wahlerfolgen verwöhnten sozialdemokratischen Parteien: Wählerstimmen können zurückgewonnen werden! Um wieder Wahlen zu gewinnen, muss die Sozialdemokratie die Herausforderung der Wählervolatilität annehmen. Die Wähler wollen wissen, warum sie ihre Stimme für eine Partei abgeben sollen. Dabei wollen sie nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen angesprochen werden<sup>1</sup>. Mehr noch müssen die sozialdemokratischen Parteien ihre Politikvorstellungen auch in eigenen Begriffen fassen.

Die klassischen Wählerschichten sind in der Auflösung begriffen, doch gilt es neue Wählergruppen für sich zu mobilisieren und zu begeistern. Sozialdemokratische Parteien müssen sich daher mit ihren Politikangeboten denjenigen Gesellschaftsgruppen zuwenden, die ihre Zukunft positiv gestalten wollen und dabei nicht nur an sich selbst, sondern auch an andere denken. Auch in einer Gesellschaft der zunehmenden Individualisierung und Komplexität sind Solidarität und Gerechtigkeit keine Ideale von gestern. Es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit für einen zukunftsgerichteten Veränderungswillen und Solidarität. Und es gibt keinen Grund, warum sich diese Mehrheit nicht in einen Regierungsauftrag umwandeln lassen sollte!

---

1. Siehe zu diesem Thema die Politikanalyse: Elisabeth Wehling (2009): Politische Kommunikation, die ankommt: Eine neurolinguistische Analyse des EU-Wahlkampfes. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.

## 1. Einleitung

Vor etwa einem Vierteljahrhundert prophezeite Lord Ralf Dahrendorf das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Zehn Jahre später befasste sich Wolfgang Merkel ebenfalls mit dem *Ende der Sozialdemokratie*?. Im Jahre 2008 sagte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* der Sozialdemokratie die Apokalypse voraus. Auch nach dem Wahldebakel bei der Bundestagswahl 2009 hat das Spekulieren über die Zukunft der Sozialdemokratie nicht nachgelassen.

Was ist dran an der These und warum kann sie (immer wieder) so viel Plausibilität für sich beanspruchen? Es liegt eine gewisse Ironie für die Sozialdemokratie in der Begründung der These, die unter anderem darauf zielt, dass die Sozialdemokratie an ihrem eigenen Erfolg zugrunde gehe. Sie habe erreicht, wofür sie im Zeitalter der Industriellen Revolution angetreten sei und habe sich damit überlebt. Ihr Erfolg bei der Modernisierung von Gesellschaften und ihre Erfolge mit einer auf soziale Gerechtigkeit und Risikoabsicherung gerichteten sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Politik habe einen sozialen Wandel induziert und Lebenschancen in einer Weise positiv verteilt, dass von den ehemaligen Kernwählerschaften kaum noch etwas übrig geblieben sei. Zu dieser demographischen Theorie des politischen Wandels, die auf langfristige Entwicklungen abzielt und die ohne Anpassungsprozesse der sozialdemokratischen Parteien wahrscheinlich längst das hätte Realität werden lassen, was mit der These vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters verbunden ist, tritt ein möglicher zweiter Aspekt hinzu: die behauptete und teilweise auch zu beobachtende Mobilisierungsschwäche sozialdemokratischer Parteien angesichts eines hegemonialen neoliberalen Diskurses, dem auch die Finanzkrise kaum etwas anhaben konnte. Das strukturelle Kernproblem dahinter sind verschwundene staatliche Verteilungsspielräume, die lediglich noch die Verwaltung des Mangels, kaum aber eine gestaltende und verteilende sozialdemokratische Politik erlauben. Sozialdemokratische Parteien in Regierungsverantwortung haben in besonderer Weise zu spüren bekommen, was es heißt, sozial- oder wohlfahrtsstaatliche Politik so zu reformieren, dass sie finanzierbar bleibt.

Was ist also dran an den immer wiederkehrenden Abgesängen auf die Sozialdemokratie? Dieser Frage soll im Weiteren unter Berücksichtigung folgender Perspektiven nachgegangen werden:

1. Wie steht es um die elektorale Performanz sozialdemokratischer Parteien, wie um ihre Möglichkeiten, in Regierungsverantwortung Gestaltungsaufgaben zu übernehmen?
2. Wie steht es um die Bindungsfähigkeit und die soziale Identität ihrer Wählerschaften? Gibt es überhaupt noch ein sozialstrukturell erkennbares Wählerprofil der Sozialdemokratie?

## 2. Methode und Daten

Fragen, die auf Entwicklungen abzielen, können nur beantwortet werden, wenn auch die Entwicklungen selbst genauer betrachtet werden. Aktuelle Diagnosen, die versuchen, aus einer Momentaufnahme der gegenwärtigen Situation heraus Schlussfolgerungen zu ziehen, greifen zu kurz. Auch Erklärungsversuche, die sich lediglich auf die Entwicklungen in einem Land beziehen, können keine Aussage über die Sozialdemokratie insgesamt machen. Daher werden hier aus internationaler wie Zeitvergleichender Perspektive die beiden Aspekte – elektorale Performanz und Profil sozialdemokratischer Wählerschaften – genauer untersucht.

Für die Analyse elektoraler Performanz wird als Anfangspunkt das Jahr 1990 genommen. Mit den demokratischen Transformationen und Revolutionen in Mittel- und Osteuropa hat sich nicht nur der Länderkranz demokratischen Wirkens sozialdemokratischer und anderer Parteien erweitert, sondern sich auch das ideologische Koordinatensystem insbesondere für Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums mit dem Wegfall real existierender Systemalternativen verändert. Seit 1990 sind inzwischen zwei Dekaden mit – je nach Wahlzyklus – bis zu sechs nationalen Parlamentswahlen vergangen, was eine hinreichende Basis für einigermaßen generalisierbare Betrachtungen abgeben sollte.

Für die Analyse sozialdemokratischer Wählerprofile kann nicht so weit zurückgegriffen werden. Regelmäßige, international vergleichende Umfragen, die für eine derartige Analyse nötig sind, stehen den Sozialwissenschaften noch nicht lange zur Verfügung oder sind nicht aktuell genug. Die *Comparative Study of Electoral System* (CSES), ein international vergleichender Verbund von nationalen Wahlstudien ([www.cses.org](http://www.cses.org)), wurde erst 1996 begonnen, die aktuellsten Daten sind aus dem Jahr 2003. Der

*World Values Survey* reicht zwar bis in das Jahr 1981 zurück, endet derzeit aber 2005. Das Flaggschiff der europäischen umfragebasierten Sozialforschung, der *European Social Survey*, ist die qualitativ hochwertigste Datenbasis und wird zweijährlich erhoben, allerdings erst seit 2002. Er reicht aber bis ins Jahr 2008 und umfasst damit insgesamt vier Erhebungswellen ([www.europeansocialsurvey.org](http://www.europeansocialsurvey.org)). Auf diese Daten wird hier zurückgegriffen. Damit ist eine Analyse sozialdemokratischer Wählerprofile für fast die gesamte abgelaufene Dekade möglich.

Es werden im Folgenden zwölf Länder untersucht, die für die Sozialdemokratie in Europa – nicht zuletzt aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung – von besonderer Relevanz sind: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Niederlande, Österreich, Polen, Ungarn, Dänemark, Schweden, Portugal und Tschechien. Zentrale Ergebnisse werden in den gesamteuropäischen Kontext gestellt, um zu überprüfen, ob sie auch in einem weiteren Länderset Gültigkeit beanspruchen können oder nur speziell auf diese Länderauswahl zutreffen.

### 3. Elektorale Performanz zwischen 1990 und 2009

Derzeitige Diskussionen über die Zukunft der Sozialdemokratie scheinen davon auszugehen, dass die Wahlbilanz sozialdemokratischer Parteien zunehmend schlechter ausfällt und die Möglichkeit, bei Wahlen so zu gewinnen, dass auch eine Regierungsbeteiligung möglich ist, folglich zunehmend schwindet. Derartige Impressionen können entstehen, wenn Tendenzen relativ zeitnah in dieselbe Richtung weisen. Genauerem Betrachtungen halten sie allerdings nicht stand, weil Wahlen immer auch von spezifischen Faktoren, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Land auftreten, beeinflusst werden. Auch in einem Zeitraum von 20 Jahren finden kaum so viele Wahlen statt, dass eine vollkommen gesicherte Verallgemeinerung von möglicherweise existierenden Trends geboten scheint. Seit 1990 hat es in den zwölf hier betrachteten Ländern insgesamt 62 Wahlen gegeben. Das sind maximal sechs Wahlen pro Land. Würden sich in allen Ländern über alle konsekutiven Wahlen dieselben Tendenzen ergeben, wäre ein Urteil einfacher zu fällen – allerdings wäre dies nur für die Vergangenheit, nicht für die Zukunft aussagekräftig.

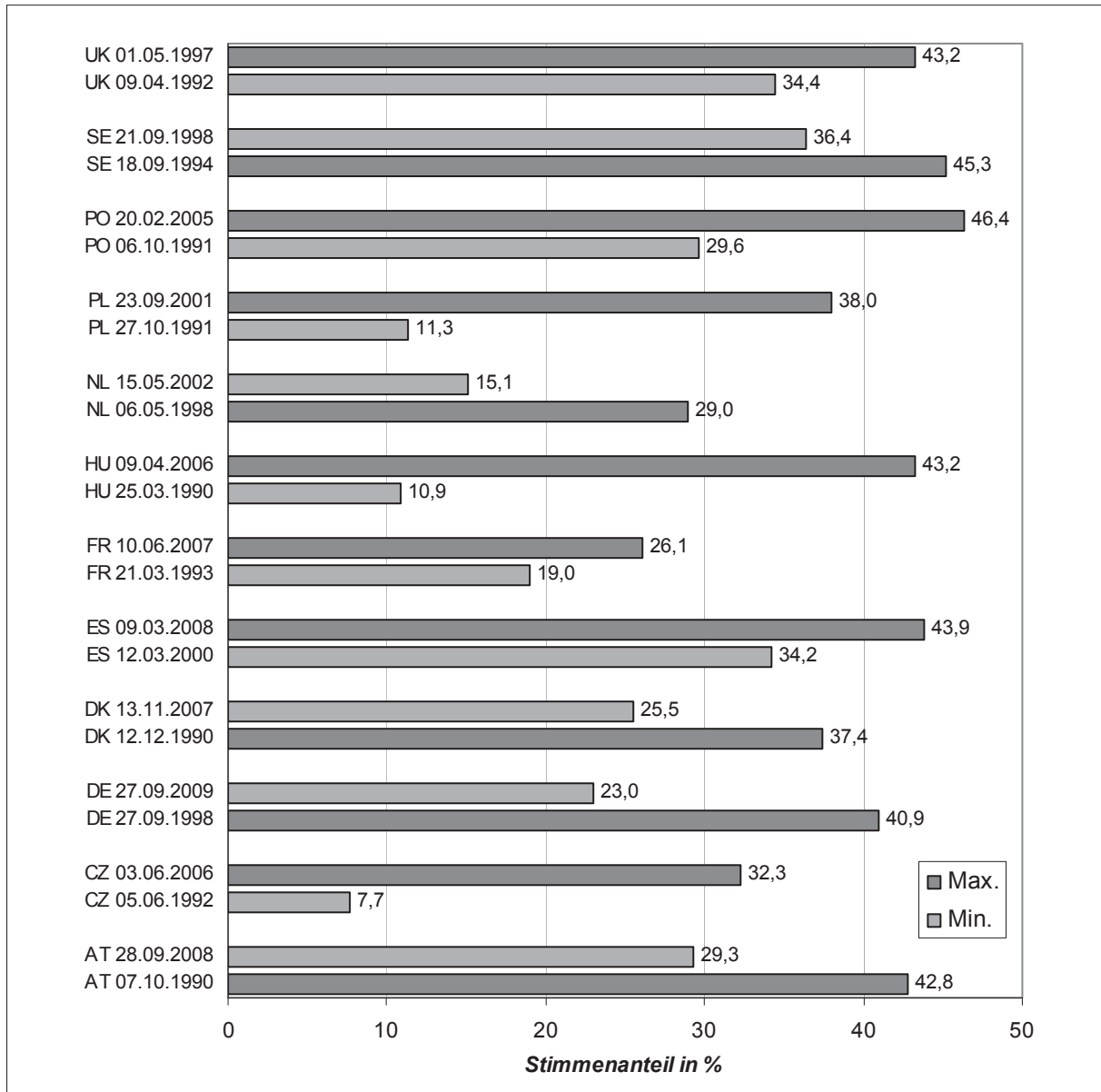
Ein paar Aspekte sollen hier betrachtet werden, um zu eruieren, ob von einem derartigen globalen Trend überhaupt zu reden ist. Ein Aspekt ist zunächst die Frage nach den besten und schlechtesten Resultaten, die sozialdemokratische Parteien nach 1990 erzielt haben. Gäbe es einen Trend zu immer schlechteren Wahlergebnissen, müsste in allen Ländern der Zeitpunkt des schlechtesten nach dem Zeitpunkt des besten Wahlergebnisses liegen. Werden die besten und schlechtesten Wahlergebnisse aus der Perspektive der zeitlichen Ordnung betrachtet, ist Folgendes festzustellen: In sechs Ländern liegt das schlechteste Wahlergebnis zeitlich nach dem besten der im Zeitraum erzielten Wahlergebnisse: Das gilt für Schweden, Dänemark, die Niederlande, Portugal, Deutschland und Österreich. In den anderen sechs Ländern (Frankreich, Spanien, Großbritannien, Tschechien, Ungarn und Polen) verhält es sich genau umgekehrt. Es lässt sich weder feststellen, dass die schlechtesten Wahlergebnisse alle besonders nah an der Gegenwart (1998, 2002, 2005, 2007, 2008, 2009), noch, dass die besten Wahlergebnisse besonders weit in der Vergangenheit liegen (2008, 2007, 2006 [zweimal], 2001, 1997). Was sich hieraus mit Sicherheit nicht ablesen ist, ist eine globale Tendenz (siehe Schaubild 1).

Genauer lässt sich dieser Frage nachgehen, wenn nach der Zahl der Zugewinne und Verluste von einer Wahl zur nächsten und vor allem nach der Zahl von Verlusten und Zugewinnen in Folge gefragt wird. Hier wird man konstatieren, dass kein einheitliches, sondern ein sehr heterogenes Bild über die Länder hinweg entsteht. In vier der zwölf Länder kann man nicht feststellen, dass in Folge mehrerer Wahlen Zuwächse oder Verluste zu verzeichnen sind (Schweden, Niederlande, Frankreich, Österreich). Zwei Länder haben sowohl in Folge Zuwächse als auch Verluste zu verzeichnen (Spanien, Deutschland), drei Länder nur Verluste in Folge (Dänemark, Portugal, Großbritannien) und drei Länder nur Zuwächse in Folge (Tschechien, Ungarn, Polen). Betrachtet man diese Werte insgesamt über alle Länder hinweg, lautet die Bilanz: 13 Zugewinne in Folge(n), zwölf Verluste in Folge(n). Auch die Zugewinne und Verluste von einer Wahl zur nächsten halten sich fast die Waage: 26-mal Zugewinne, 24-mal Verluste (siehe Tabelle 1).





Schaubild 1: Bestes und schlechtestes Wahlergebnis sozialdemokratischer Parteien in zwölf Ländern (1990–2009)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

Noch präziser kann untersucht werden, wie sich die Anzahl der Wähler, der Sitze, der Stimmen- und Sitzanteile, Gewinne und Verluste sowie der Abstand zur größten Partei nach oder vor der Sozialdemokratie und der durchschnittliche Platz in der Parteienrangfolge über die bis zu sechs Wahlzyklen hinweg entwickelt haben. Insgesamt fanden mindestens vier Wahlen in allen zwölf Ländern

seit 1990 statt, in zehn Ländern waren es fünf und in vier Ländern sogar sechs Wahlen. Für einen Vergleich sollten die betrachteten Länder nicht variieren. Es können demnach anhand von vier Wahlzyklen aussagekräftige Vergleiche angestellt werden. Im fünften Wahlzyklus fehlen dazu zwei, im sechsten Wahlzyklus sogar acht Länder.



Tabelle 1: Zugewinne und Verluste sozialdemokratischer Parteien in zwölf Ländern von einer Wahl zur nächsten und mehrere Wahlen in Folge (1990–2009)

Zugewinne/Verluste ...		... von einer Wahl zur nächsten		... in Folge		Anzahl Wahlen
Land		Zugewinn, Anzahl	Verlust, Anzahl	Zugewinn, Anzahl	Verlust, Anzahl	
Schweden	SE	2	2	0	0	5
Dänemark	DK	1	4	0	3	6
Niederlande	NL	2	2	0	0	5
Frankreich	FR	2	1	0	0	4
Spanien	ES	2	2	2	2	5
Portugal	PO	1	3	0	2	5
BR Deutschland	DE	2	3	2	3	6
Österreich	AT	2	3	0	0	6
Großbritannien	UK	1	2	0	2	4
Tschechien	CZ	3	1	2	0	5
Ungarn	HU	4	0	4	0	5
Polen	PL	4	1	3	0	6
<b>Summe</b>		26	24	13	12	62
<b>Mittelwert</b>		2,2	2,0	1,1	1,0	5,2

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

Tabelle 2: Zugewinne und Verluste sozialdemokratischer Parteien: Mittelwerte über zwölf Länder und sechs Wahlzyklen (1990–2009)

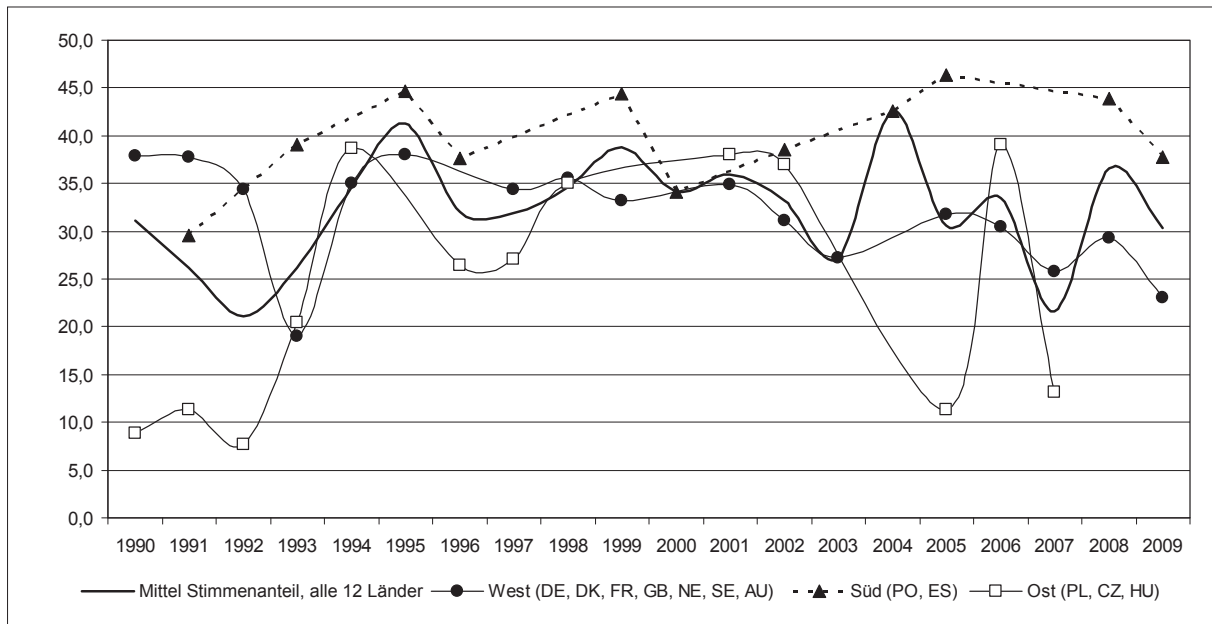
		Mittelwerte über jeweils 1., 2., 3, ... usw. Wahl in zwölf Ländern				
Wahl nach 1990	Anzahl Wahlen im Zeitraum	Absolut	Stimmenanteil [%]	Gewinn/ Verlust	Sitzanteil [%]	Sitze
1. Wahl	12	4472458	29,06		30,87	107
2.	12	5211169	33,42	4,36	40,93	148
3.	12	5040507	32,68	-0,74	36,46	139
4.	12	5339824	35,25	2,57	40,31	146
5.	10	4109725	31,20	-4,98	33,75	94
6.	4	3606178	22,73	-3,95	22,96	75
Wahl nach 1990	Anzahl Wahlen im Zeitraum	Diff. SozD-2. oder 1.*)	Platz	Stimmenanteil min.	Stimmenanteil max.	Spannweite
1. Wahl	12	3,46	1,8	7,67	50,99	43,32
2.	12	5,49	1,3	20,41	45,25	24,85
3.	12	0,69	1,6	15,11	40,93	25,81
4.	12	4,61	1,3	26,05	42,59	16,53
5.	10	-3,72	1,9	11,31	43,87	32,56
6.	4	-9,16	2,0	13,15	29,26	16,11

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

\*) Stimmenanteildifferenz zur zweitgrößten Partei, wenn sozialdemokratische Partei stärkste war (positive Werte) bzw. Stimmenanteildifferenz zur größten Partei, wenn sozialdemokratische Partei nicht stärkste Partei war (negative Werte).



Schaubild 2: Mittlerer Stimmenanteil sozialdemokratischer Parteien insgesamt und aufgeteilt in Ländergruppen (1990–2009)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

In den ersten vier Wahlzyklen der zwölf Länder sind der Stimmen- und Sitzanteil, die Zahl der Sitze und die Zahl der errungenen Wählerstimmen keineswegs zurückgegangen. In der Tendenz ergibt sich gegenüber dem ersten Wahlzyklus sogar eine positive Entwicklung. Auch die mittlere Platzierung im Hinblick auf den Wahlerfolg (als Wahlsieger oder anders platziert), wie auch der Abstand zur nächstgrößten Partei, entwickeln sich in den ersten vier Wahlzyklen positiv (siehe Tabelle 2).

Demgegenüber fallen der fünfte und sechste Wahlzyklus zwar ab, eine Schlussfolgerung hieraus ist jedoch schwierig, da im fünften zwei (Großbritannien und Frankreich) und im sechsten sogar acht der betrachteten Länder (noch) keine Wahlen hatten (Schweden, Niederlande, Frankreich, Spanien, Portugal, Großbritannien, Tschechien und Ungarn).

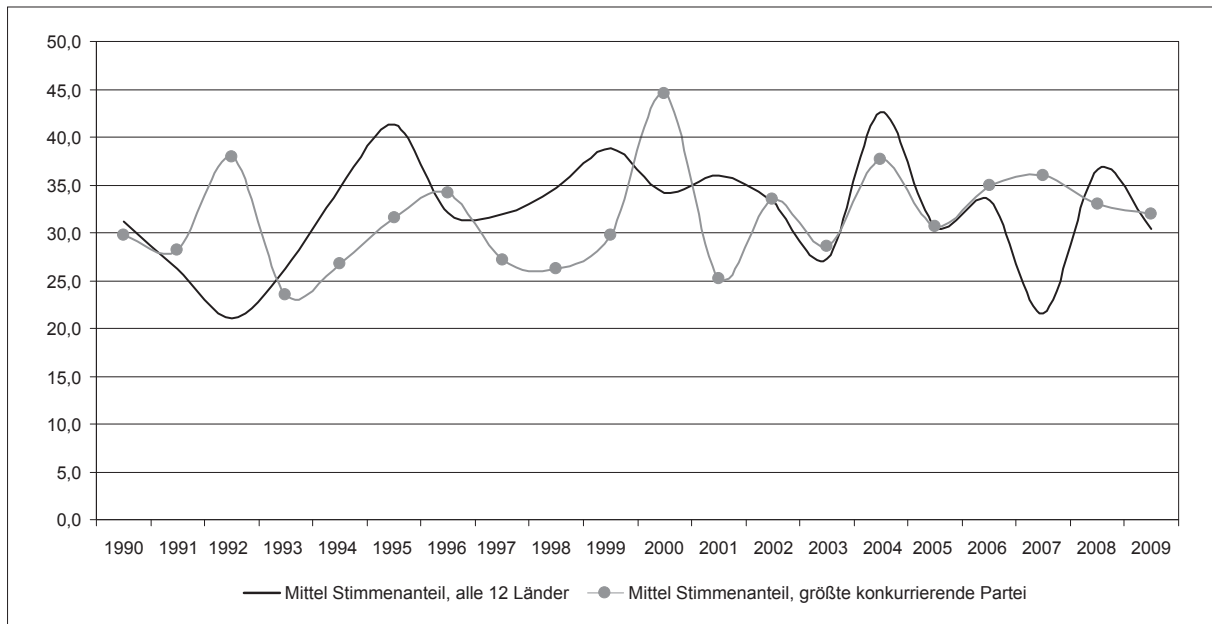
Werden die Stimmenanteile über den gesamten Zeitraum im jährlichen Verlauf und nach Ländergruppen betrachtet, ergeben sich einige zusätzliche Aspekte: Generell zeigen auch die durchschnittlichen Stimmenanteile über die zwölf Länder hinweg im zeitlichen Ablauf keinen Trend zur Abnahme. Es existiert kein statistisch belastbarer, also signifikanter Trend. Wollte man dennoch eine Tendenz in

Zahlen ausdrücken, so läge sie mit etwa 0,17 Prozentpunkten Steigerung pro Jahr eher im positiven Bereich. Betrachtet man spezifische Ländergruppen (West: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden; Süd: Portugal, Spanien; Ost: Polen, Ungarn, Tschechien), ergeben sich einige Unterschiede. Im Süden verlaufen Wahlerfolge zyklisch, allerdings mit jedem Zyklus auf leicht höherem Niveau. Im Osten ist die Entwicklung sehr volatil mit deutlichen Steigerungen Anfang der 1990er Jahre, einem relativ stabilem Niveau bis 2002, dann wieder mit enormer Volatilität. Die Stimmenanteile in den sieben westlichen Ländern entwickeln sich bis Mitte der 1990er Jahre positiv, bleiben dann relativ stabil und schwanken ab dem Jahr 2000 auf und ab mit einer Tendenz nach unten (siehe Schaubild 2).

Die hohe Volatilität der Stimmenanteile ab dem Jahr 2000 macht die Einschätzung eines Trends relativ schwer. Statistisch signifikant ist keine Tendenz festzustellen. Über den gesamten Zeitraum hinweg ergibt sich allerdings in den westlichen Ländern im Durchschnitt eine Abnahme des Stimmenanteils pro Jahr von 0,4 Prozentpunkten. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass im Schnitt keines der Jahre ab 2005 schlechter war als beispielsweise das Jahr 1992.



Schaubild 3: Mittlerer Stimmenanteil sozialdemokratischer Parteien und ihrer größten Konkurrenzparteien (1990–2009)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

Auch diese differenziertere Betrachtung führt *nicht* zu dem Ergebnis, dass ab dem Jahr 2000 oder in den Folgejahren ein struktureller Einbruch der sozialdemokratischen Parteien zu verzeichnen ist. Derartige Veränderungen der Stimmenanteile befinden sich im Rahmen der normalen Schwankungen von Wahlzyklen. Gleichwohl sind die unterschiedlichen Entwicklungen der Regionen im Auge zu behalten.

Auch der Vergleich der Stimmenanteile der jeweils größten Konkurrenten sozialdemokratischer Parteien, zumeist bürgerliche oder christdemokratische Parteien, verweist nicht auf die Entstehung einer strukturellen Lücke zu den großen Konkurrenten. Vielmehr ist die Volatilität der Stimmenanteile im Großen und Ganzen bei den größten Konkurrenzparteien etwas höher, eine Phase relativer Stabilität, wie bei den Sozialdemokraten zwischen Mitte der 1990er und Anfang der 2000er Jahre, gibt es bei den größten konkurrierenden Parteien, zumeist christdemokratische oder bürgerliche, nicht (siehe Schaubild 3). Der Vergleich der ersten Dekade bis 1999 und der zweiten Dekade bis 2009 zeigt, dass sowohl Sozialdemokraten als auch ihre Konkurrenzparteien im zweiten Jahrzehnt im Durchschnitt etwas besser abschnitten als im ersten: die Sozialdemokraten um 0,7 Prozentpunkte, ihre größten

Konkurrenten um 4,1 Prozentpunkte bei allerdings schlechterem Schnitt in der ersten Dekade (Mittel 1990er Jahre: Größte Konkurrenzpartei: 29,5 Prozent; Sozialdemokraten: 31,9 Prozent; siehe auch Tabelle A1 im Anhang).

#### 4. Sozialdemokratische Regierungen und Regierungsbeteiligungen zwischen 1990 und 2009

Sozialdemokratische Parteien waren in den letzten 20 Jahren in allen betrachteten zwölf Ländern entweder als Koalitionspartner an Regierungen beteiligt oder stellten sogar die Regierungschefs. Über die gesamte Zeit, vom 1.1.1990 bis zum 31.12.2009, haben Sozialdemokraten in der Mehrheit der insgesamt 7304 Tage zumindest mitregiert (für die drei osteuropäischen Länder ist der Zeitraum etwas kürzer (siehe Tabelle 3)). Die geringste Zeit (3228 Tage, was 44,2 Prozent der Gesamtzeit entspricht) haben die Sozialdemokraten in Dänemark mitregiert, die längste Regierungsbeteiligung kann Schweden mit 5022 Tagen, was 68,8 Prozent der 20 Jahre entspricht, vorweisen. In beiden Ländern stellten die Sozialdemokraten aber über die gesamte Zeit auch den Regierungschef. Im Län-



Tabelle 3: Regierungsführung und Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien in zwölf Ländern (1990–2009)

	<b>20 Jahre (ab 1.1.1990)</b>				
<b>Land</b>	<b>Summe Tage Reg.-Beteil.</b>	<b>Summe Tage Reg.-Chef</b>	<b>% Tage Reg.-Beteil.</b>	<b>% Tage Reg.-Chef</b>	<b>Mittel Zahl Reg.-Parteien</b>
Schweden	5022	5022	68,8	68,8	1,33
Dänemark	3228	3228	44,2	44,2	2,75
Niederlande	5628	2891	77,1	39,6	2,80
Frankreich	4025	1798	55,1	24,6	2,00
Spanien	4401	4401	60,3	60,3	1,25
Portugal	3196	3196	43,8	43,8	2,25
BR Deutschland	4049	2613	55,4	35,8	2,33
Österreich	4771	4771	65,3	65,3	2,71
Großbritannien	4621	4621	63,3	63,3	1,00
Tschechien	3189	2952	44,6	41,3	2,83
Ungarn	4227	4227	58,5	58,5	2,00
Polen	2939	975	44,3	14,7	3,43
<b>Mittel:</b>	4108	3391	56,7	46,7	2,22
	<b>10 Jahre (ab 1.1.2000)</b>				
<b>Land</b>	<b>Summe Tage Reg.-Beteil.</b>	<b>Summe Tage Reg.-Chef</b>	<b>% Tage Reg.-Beteil.</b>	<b>% Tage Reg.-Chef</b>	<b>Mittel Zahl Reg.-Parteien</b>
Schweden	2470	2470	67,6	67,6	2,00
Dänemark	697	697	19,1	19,1	2,00
Niederlande	1977	934	54,1	25,6	3,00
Frankreich	858	858	23,5	23,5	5,00
Spanien	2084	2084	57,1	57,1	1,00
Portugal	1069	1069	29,3	29,3	3,00
BR Deutschland	3589	2153	98,3	59,0	2,33
Österreich	1120	1120	30,7	30,7	2,33
Großbritannien	3653	3653	100,0	100,0	1,00
Tschechien	2657	2420	72,8	66,3	2,83
Ungarn	2775	2775	76,0	76,0	2,00
Polen	1473	975	40,3	26,7	3,50
<b>Mittel:</b>	2035	1767	55,7	48,4	2,50
<b>Gesamtzahl Tage (Berechnungsgrundlage)</b>					
	1.1.1990–31.12.2009		1.1.2000–31.12.2009		
Westl. Länder		7304		3652	
Tschechien		7145			
Ungarn		7221			
Polen		6640			

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

dermittel waren Sozialdemokraten 56,7 Prozent der Zeit an der Regierung beteiligt, in 46,7 Prozent der Zeit stellten sie auch den Regierungschef. Die durchschnittliche Koalitionsgröße lag bei 2,22 Parteien mit einer Bandbreite von Alleinregierung wie in Großbritannien bis zu relativ großen Koalitionen in Polen von mehr als drei Parteien.

Verdeckt diese durchaus positive Bilanz über zwei Jahrzehnte hinweg eine negative Entwicklung in den letzten zehn Jahren? Die Antwort lautet ganz eindeutig: nein. In der vergangenen Dekade vom 1.1.2000 bis zum 31.12.2009 haben die Sozialdemokraten im Durchschnitt an 55,7 Prozent der Tage mitregiert und in 48,4 Prozent der Tage den Regierungschef gestellt. In der ersten Dekade ab 1.1.1990 waren es 57,6 beziehungsweise 44,6 Prozent. Der Vergleich beider Dekaden ergibt einen leichten Rückgang bezogen auf die Tage der Regierungsbeteiligung, aber eine deutliche Steigerung bezogen auf die Tage der Regierungsführung (siehe Tabelle 3).

Werden nicht nur die zwei Dekaden, sondern die annualisierten Werte betrachtet, wird deutlich, dass die Anzahl der Regierungstage von Sozialdemokraten seit Anfang der 1990er Jahre zunächst stetig gestiegen, dann ab 2001 wieder zurückgegangen ist, insgesamt aber auf einem höheren Niveau verbleibt, als die ersten fünf Jahre der 1990er Jahre. Nach Ländergruppen betrachtet, ergeben sich einige Unterschiede im zeitlichen Verlauf. Dabei ist für die Interpretation zu beachten, dass die Unterschiede im Niveau zwischen den Ländergruppen daraus resultieren, dass in der Summe in sieben westlichen Ländern mehr Regierungstage zusammenkommen als in den Ländergruppen Süd und Ost.

Betrachtet man den Gesamtzeitraum von 20 Jahren, ergibt sich die bereits für die Gesamtheit der untersuchten Länder erläuterte Dynamik für die Ländergruppe West verstärkt. Bei den Ost- und Südländern gibt es ein stärkeres Auf und Ab. In der Ländergruppe Ost pendeln sich die Werte ab etwa 1994 auf einem relativ stabilen Plateau ein, steigen 2002 nochmals auf ein höheres Niveau und fallen ab 2006 wieder auf das Niveau der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurück. In Portugal und Spanien, der Ländergruppe Süd, ist die Entwicklung ebenfalls relativ volatil, pendelt sich aber ab 2005 auf einem stabilen, im Vergleich zu früheren Jahren recht hohen Niveau, ein (siehe Schaubilder 4a und 4b).

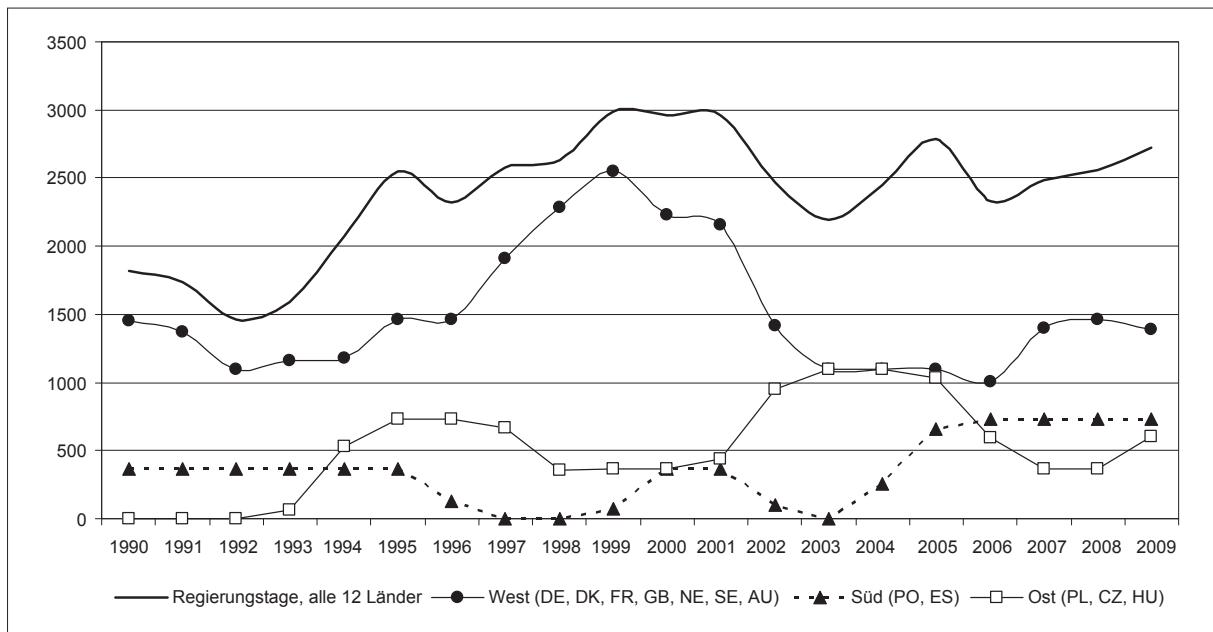
Regierungsbeteiligung bedeutet, wie schon die Analyse nach Dekaden zeigt, für sozialdemokratische Parteien recht häufig auch Regierungsführung (siehe Tabelle 3). Werden die zeitlichen Anteile der Regierungsführung betrachtet, pointiert sich die Dynamik, die bei der Regierungsbeteiligung zu beobachten ist. Es gibt wiederum einen kontinuierlichen Anstieg vom Anfang bis zum Ende der 1990er Jahre, dann ein leichtes Absinken und Verharren auf einem Niveau deutlich höher als Anfang der 1990er Jahre. Nach Ländergruppen betrachtet, zeigt sich, dass dies ein Kompositionseffekt aus zunehmenden Regierungsführungen in den beiden Südländern Portugal und Spanien, einer volatilen Entwicklung in den drei Ostländern und einem Rückgang in den West-Ländern seit 1999 bis zu einem stabilen niedrigeren Niveau ab 2006 ist. Festzuhalten ist trotz des deutlichen Rückgangs der Regierungsführungen in den West-Ländern, dass das Niveau seit 2006 ebenso hoch wie Anfang der 1990er Jahre ist (siehe Schaubilder 5a, b).

Die Hoch-Zeit des Jahres 1999 in den West-Ländern ist vorbei, eine Rückkehr zum Zustand Anfang der 1990er Jahre eingetreten. Dem stehen eine durchaus positive Entwicklung in den Süd-Ländern und ebenfalls eine positive, aber hoch volatile Entwicklung in den Ostländern gegenüber. Aus der Perspektive des Jahres 1999 betrachtet, könnte dies als ein Krisensignal gedeutet werden. Bei einer langfristigeren Perspektive, wie sie auch in der These vom »Ende des sozialdemokratischen Zeitalters« von vor 25 Jahren angelegt ist, sieht es anders aus. In langfristiger Perspektive ist die Hoch-Zeit der sozialdemokratischen Parteien Ende der 1990er zwar der gewünschte Fall, aber eben doch der Sonderfall.

Werden die Ergebnisse zu Wahlerfolgen und Regierungsbeteiligungen in den zwölf betrachteten Ländern seit 1999 in den gesamteuropäischen Kontext gestellt, wird deutlich, dass sich die Entwicklung in der letzten Dekade in diesen zwölf Ländern kaum von der Gesamtentwicklung innerhalb der EU unterscheidet. Die mittleren Sitzanteile sozialdemokratischer Parteien in der EU-17 fluktuieren leicht und sind, bis auf die sehr hohen Anteile in den Jahren 2000 und 2001, auf relativ stabilem Niveau. In den zehn osteuropäischen Mitgliedstaaten ist am Anfang der 2000er Jahre eine höhere Volatilität festzustellen, der eine relative Stabilität ab 2004 folgt. Bei den an möglichen Staatenregierungen gemessenen Anteilen der Regierungsbeteiligung ergibt sich der auch in den zwölf genauer untersuchten Ländern festzustellende Rückgang

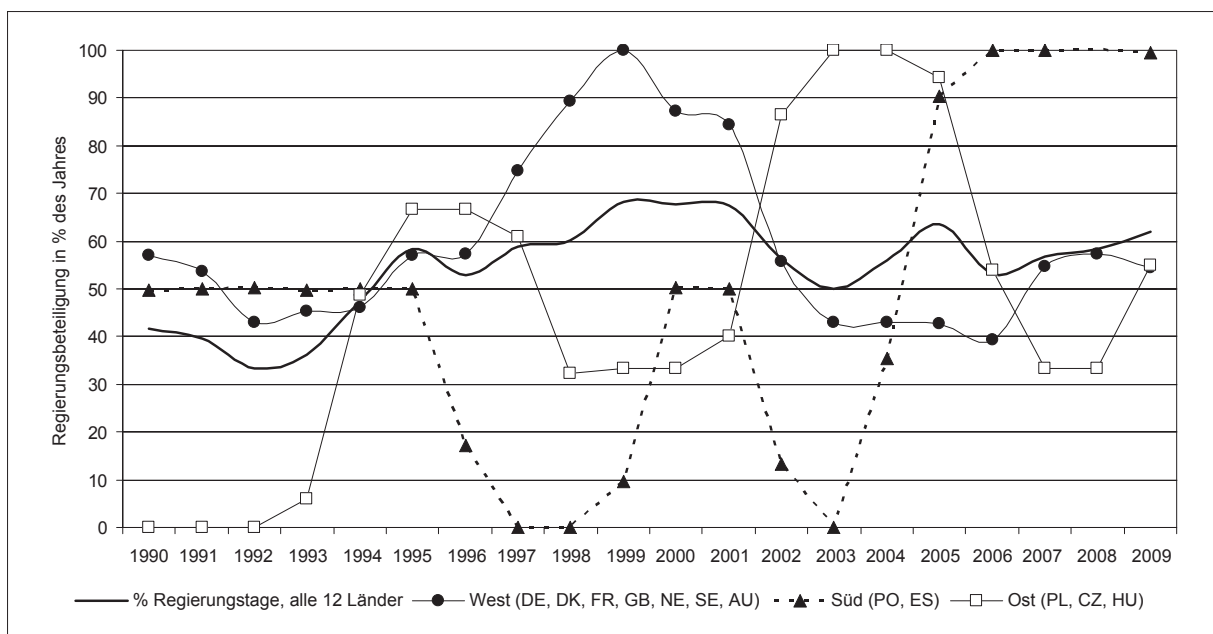


Schaubild 4a: Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien in Anzahl der Tage, aller zwölf Länder und aufgeteilt in Ländergruppen (1990–2009)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

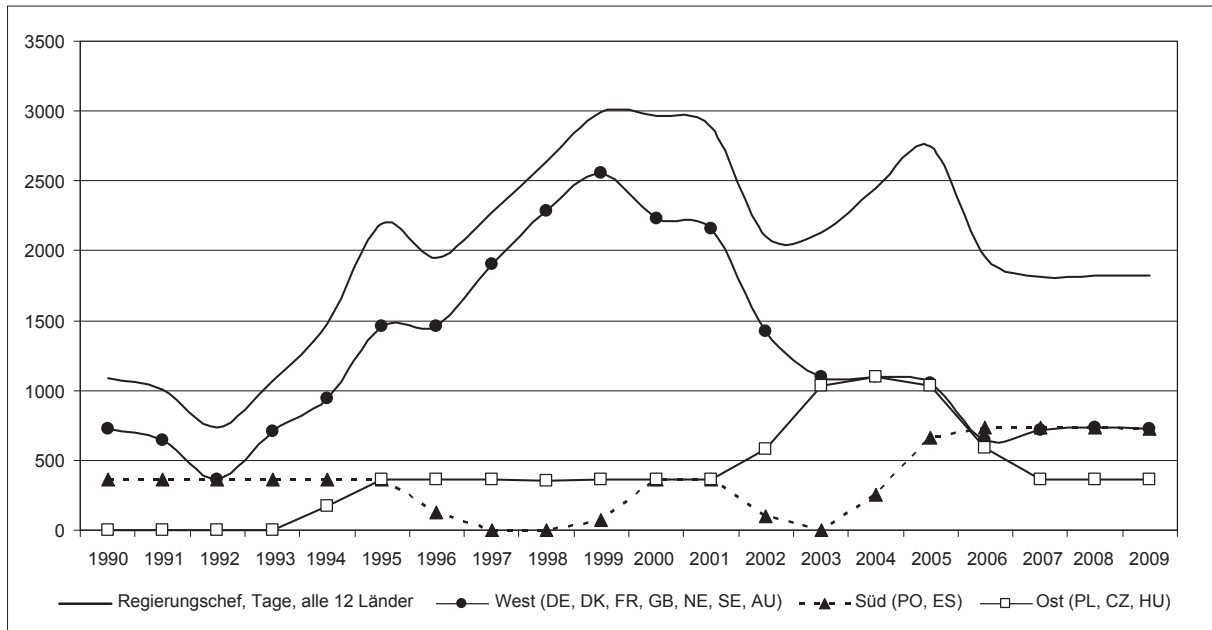
Schaubild 4b: Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien in Prozent des Jahres, aller zwölf Länder und aufgeteilt in Ländergruppen (1990–2009)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

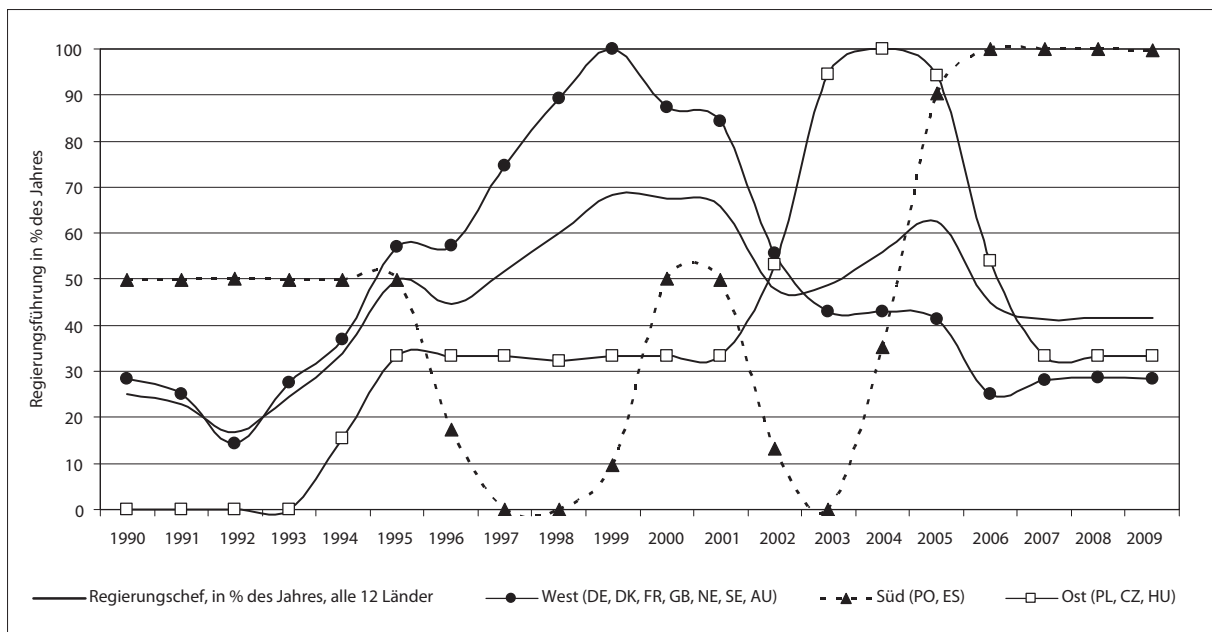


Schaubild 5a: Regierungsführung sozialdemokratischer Parteien in Anzahl der Tage, aller zwölf Länder und aufgeteilt in Ländergruppen (1990–2009)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

Schaubild 5b: Regierungsführung sozialdemokratischer Parteien in Prozent des Jahres, aller zwölf Länder und aufgeteilt in Ländergruppen (1990–2009)

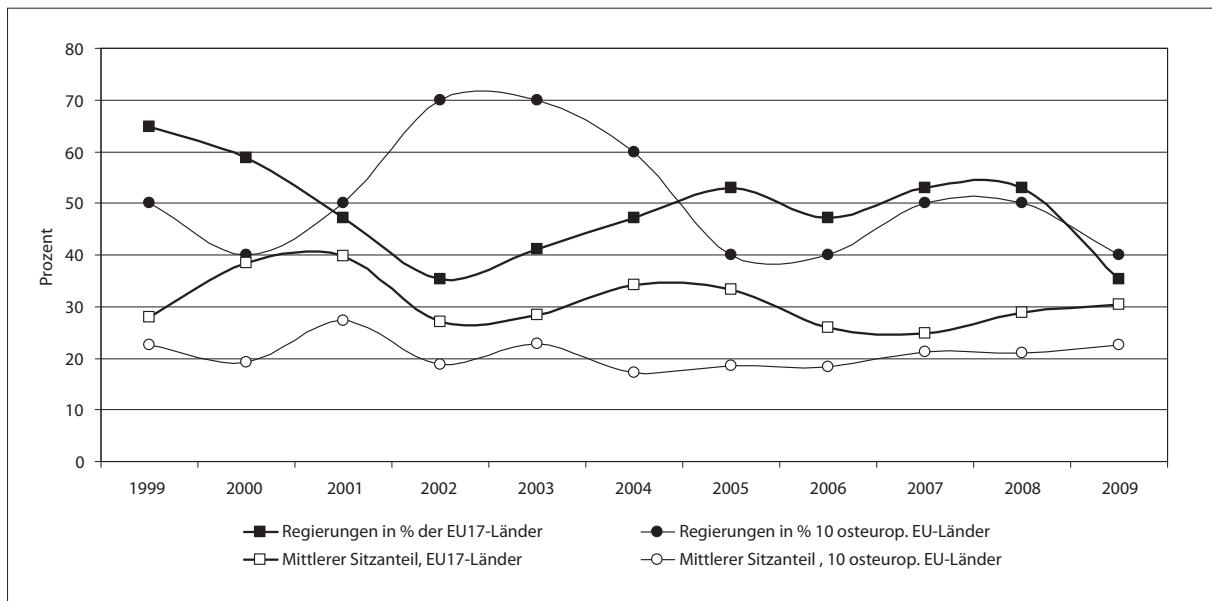


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.





Schaubild 6: Sitzanteile und Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien in Prozent der Länder in der EU (1999–2009)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

an Regierungsbeteiligungen der Sozialdemokraten nach der Spitze 1999 bis 2002, danach bleiben sie relativ stabil. In den zehn osteuropäischen Staaten liegt die Spitze allerdings erst im Jahr 2003, es folgt eine Rückkehr auf das Niveau der ersten 1990er Jahre (siehe Schaubild 6 und Tabelle A1).

Die europaweite Analyse bestätigt damit im Grunde das, was für die zwölf Länder etwas detaillierter untersucht wurde: Je nach Ländergruppe sind unterschiedliche Entwicklungen zu konstatieren, die sich teilweise in ihren negativen und positiven Auswirkungen kompensieren, wobei es in keiner Ländergruppe eine Entwicklung gibt, die jenseits der elektoralen Zyklichkeit auf eine strukturelle Krise der Sozialdemokratie oder gar ihr Ende verweist.

Rückgänge in den Stimmenanteilen, der Regierungsbeteiligung und Regierungsführung sind nicht notwendigerweise anders zu erklären, als es aus dem Wahl- und Regierungszyklus sowieso zu erwarten wäre. Die Wahlforschung hat oft genug zeigen können, dass es Abnutzungseffekte von Regierungen gibt und Wählerinnen und Wähler darauf entsprechend reagieren. Sich auf die Abnutzung der jeweiligen Regierung aus der Oppositionsrolle heraus zu verlassen, verkennt allerdings den Charakter kommunizierender Röhren, den Parteien zueinander

haben, und den auch die Wählerschaft wahrnimmt. Abnutzung wird um so eher wahrgenommen, je besser die Alternative aufgestellt ist. Aus dieser Perspektive ist der seit 1999 zu beobachtende Rückgang der Regierungsbeteiligung (und der Stimmenanteile) in den West-Ländern zwar einerseits auch eine Konsequenz sozialdemokratischer Wahlerfolge, so paradox das auch scheint, andererseits aber Anlass, sich als Alternative möglichst gut aufzustellen, um die Wahrnehmung der Abnutzung der politischen Konkurrenten zu beschleunigen.

## 5. Sozialdemokratische Wählerprofile im Zeitraum von 2002 bis 2008

Wäre die Sozialdemokratie auf die klassische Industriearbeiterschaft als Wählerschaft begrenzt, wäre ihr Ende wohl schon mit der sogenannten ersten Angestelltenrevolution in den 1920er Jahren, spätestens jedoch mit der sogenannten zweiten Angestelltenrevolution in den 1950er und 1960er Jahren besiegelt gewesen. Gleichwohl ist es für die Identität von Parteien mit sozialdemokratischem Profil wohl unabdingbar, dass sie eine soziale Basis in denjenigen Bevölkerungsteilen finden, für die sie eintreten. Policy-Seeking ist kein Selbstzweck, es muss die Menschen erreichen, für die es betrieben wird.

Angesichts des soziodemographischen Wandels stellt sich für die Sozialdemokratie – in ähnlicher Weise vor dem Hintergrund zunehmender Säkularisierung auch für die Christdemokraten – die Frage, welche nicht mehr so klar abgrenzbaren Wählerschichten durch sozialdemokratische Politik angesprochen werden. Dass die Sozialdemokratie den sozialen Wandel bisher unbeschadet überstanden hat, hängt auch mit ihrer Fähigkeit zusammen, ihre generellen Zielsetzungen neuen bzw. neu entstehenden Wählerschichten nahe zu bringen. Das ist in den 1960er Jahren in Teilen der Angestelltenschaft und bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in nahezu allen Ländern West- und Nordeuropas gut gelungen. Der soziale Wandel schreitet aber beständig fort, soziale Milieus sind nur noch rudimentär vorhanden, soziale Schichtungsverhältnisse werden komplexer oder zumindest komplexer wahrgenommen. Die »Politisierung der Sozialstrukturen« wird angesichts schwindender gesellschaftlicher Großaggregate mit einer gemeinsamen Erfahrung der Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung schwieriger, Bindungen und Loyalitäten zu erzeugen wird immer mehr abhängig vom Voluntarismus der Einzelnen, sich darauf einzulassen, da gemeinsame Sozialisationsagenturen wie Milieus längst keine Kraft mehr entfalten.

Gibt es diejenigen überhaupt noch, die sich für längere Zeit an eine Partei binden, sich ihr verbunden fühlen? Die sogenannte Parteineigung wird in Umfragen und so auch in dem hier genutzten *European Social Survey* mit folgender Frage erfasst: »Gibt es eine politische Partei, der Sie näher stehen als allen anderen Parteien? Wenn ja, welche ist das?« Die Frage misst, das haben entsprechende Untersuchungen ergeben, die mittelfristige affektive Bindung an eine Partei.

Die Unterschiede zwischen den zwölf betrachteten Ländern sind sehr groß. Während in Schweden im Durchschnitt ein Viertel der Bevölkerung der Sozialdemokratie nahe steht, sind es in Polen im Durchschnitt lediglich fünf Prozent, im Ländermittel etwa 17 Prozent. Allerdings ziehen Länder wie Tschechien (mit lediglich etwa elf Prozent) und Polen (mit fünf Prozent) den Schnitt weit nach unten. In Ländern wie Dänemark, Spanien, Großbritannien, Portugal oder Schweden liegt der Anteil bei 20 Prozent oder höher. Von besonderer Bedeutung ist aber die zeitliche Entwicklung.

Kann von einem Niedergang der affektiven Parteibindung gesprochen werden? Auch in dieser Frage sind die

Entwicklungen in den Ländern sehr unterschiedlich. Stabil ist der Anteil sozialdemokratischer Parteineiger in Deutschland, Dänemark, Spanien, Portugal und Schweden, wenn kleinere Schwankungen außer Acht gelassen werden. In Frankreich, Großbritannien und insbesondere in Ungarn und Polen scheint es aber eine abnehmende Entwicklung zu geben (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteil sozialdemokratischer Parteineiger an allen Befragten (2002–2008)

	2002	2004	2006	2008	Mittel
AT	15,6	12,9	13,4		14,0
CZ	14,7	7,2			10,9
DE	14,2	14,3	15,9	15,5	15,0
DK	22,7	18,8	19,8	20,0	20,3
ES	19,3	23,1	20,5	20,4	20,8
FR	18,5	21,6	18,1	15,6	18,4
GB	21,8	20,6	19,6	17,5	19,9
HU	27,4	16,1	16,8	9,4	17,4
NL	10,7	16,5	13,5	10,1	12,7
PL	10,0	4,0	3,3	3,3	5,2
PT	22,8	19,3	20,5	20,1	20,7
SE	28,0	23,7	23,0	25,6	25,1
Ländermittel	18,8	16,5	16,8	15,7	16,7
n = 100 %	39.860	46.631	38.168	41.027	

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Die Personen, die affektiv der Sozialdemokratie zuneigen, sind auch ein stabiler Teil ihrer Wählerschaft. Sie lassen sich leichter für die (Wieder-)Wahl gewinnen als jede andere Wählergruppe. Sie sind auch diejenigen, die den größten Anteil unter den Wählerinnen und Wählern sozialdemokratischer Parteien ausmachen: zwischen einem Drittel und drei Viertel, je nach Land (siehe Tabelle 5). Ihr Anteil an der Wählerschaft sozialdemokratischer Parteien ist in vielen Ländern abnehmend. Dort, wo auch der Anteil derjenigen, die einer sozialdemokratischen Partei zuneigen, zurückgeht, bedeutet das (wie in Ungarn oder Frankreich) den Verlust eines Teils der stabilen Wählerschaft. In den anderen Ländern ist es ein positives Zeichen elektoralen Erfolgs sozialdemokratischer Parteien: Der Anteil der Parteineiger sinkt, weil die Wählerbasis ausgeweitet wird.



Tabelle 5: Anteil sozialdemokratischer Parteineiger an den Wählern (Recall) sozialdemokratischer Parteien in zwölf Ländern (2002–2008)

	2002	2004	2006	2008	Mittel SozD.	Mittel andere	Diff. SozD-andere
AT	67,1	62,4	64,2		64,5	55,7	8,8
CZ	54,4	44,6			49,5	57,0	-7,5
DE	42,1	48,1	53,0	53,1	49,1	50,9	-1,8
DK	69,4	71,3	72,0	73,9	71,7	69,5	2,2
ES	74,5	64,2	58,0	55,3	63,0	53,0	10,0
FR	65,8	74,7	63,0	55,6	64,8	52,2	12,6
GB	55,6	48,6	54,2	48,8	51,8	52,5	-0,7
HU	68,0	47,4	59,3	35,9	52,7	58,3	-5,7
NL	57,5	62,4	55,9	47,5	55,9	61,2	-5,3
PL	33,5	17,8	44,5	39,1	33,7	31,8	1,9
PT	85,4	74,0	61,2	70,0	72,7	62,8	9,9
SE	71,8	60,4	72,9	70,2	68,8	63,8	5,0
n = 100 %	5.449	5.167	4.926	4.518	20.060	43.975	

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Tabelle 6: Gewerkschaftsmitgliedschaft sozialdemokratischer Wähler in zwölf Ländern (über alle Zeitpunkte kumuliert)

	Gewerkschaftsmitglieder (derzeitige und frühere) unter...				Anteil Gewerkschaftsmitglieder	
	sozialdemokr. Wählern		Differenz zu allen Wählern		an Gesamtbev.	an Wählern
	derzeit	früher	derzeit	früher		
AT	33,4	23,9	9,5	4,4	20,3	23,8
CZ	14,3	55,3	2,7	5,0	9,5	11,6
DE	18,4	26,9	4,6	2,9	12,1	13,8
DK	72,4	21,3	5,0	-0,5	63,5	67,4
ES	10,0	9,4	1,1	1,2	7,6	8,9
FR	10,1	22,3	1,4	4,2	6,9	8,7
GB	22,5	33,7	2,9	1,9	16,1	19,6
HU	11,1	49,5	0,2	5,1	9,2	10,9
NL	29,3	14,2	8,0	0,7	19,1	21,4
PL	10,7	35,9	2,1	8,5	6,8	8,6
PT	8,5	12,8	-0,2	2,1	6,9	8,7
SE	69,6	21,3	10,1	-3,1	55,2	59,5
Ländermittel	25,9	27,2	4,0	2,7	19,4	21,9
n = 100 %	5.360	5.169	9.445	9.708		

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Sozialdemokratische Parteien sind in der Regel besser als andere Parteien in der Lage, Wählerinnen und Wähler an sich zu binden. Allerdings gilt das nicht für alle Länder gleichermaßen. In Frankreich, Österreich, Portugal, Spanien und Schweden ist die Bindungswirkung sozialdemokratischer Parteien deutlich höher als die ihrer Konkurrenten. Auch in Dänemark gilt dies, allerdings in weit geringerem Maße. In Deutschland stehen der SPD mit Bündnis 90/Die Grünen, der Linken, aber auch der CDU/CSU Parteien gegenüber, die alle in gleicher, teilweise stärkerer Weise Parteibindungen erzeugen. In Großbritannien halten sich die Parteien die Waage, in den Niederlanden ist die Bindungswirkung der sozialdemokratischen PvdA stark zurückgegangen und damit schwächer als die ihrer Konkurrenten. Zwischen den drei osteuropäischen Ländern gibt es ebenfalls Unterschiede: In Ungarn und Tschechien sind die Konkurrenzparteien bindungsstärker als die Sozialdemokraten, in Polen ist der Wert für die Sozialdemokraten leicht höher (siehe Tabelle 5, letzte Spalte).

Wenn auch davon auszugehen ist, dass affektive Bindungen, die mit einer Partei eingegangen werden, zunehmend weniger durch die Einbettung in die Sozialstruktur geprägt werden, so ist doch nach wie vor die soziale Lagerung und Position eine strukturelle Basis für die Entwicklung derartiger Loyalitäten. Am stärksten ist das traditionellerweise dort, wo Arbeitnehmerinteressen sich auch in Organisationen niederschlagen, also bei Gewerkschaftsmitgliedern. Nach wie vor sind sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler stärker in Gewerkschaften organisiert als die Gesamtwählerschaft. Im Ländermittel liegt der durchschnittliche Organisationsgrad sozialdemokratischer Wähler bei knapp 26 Prozent, in der Gesamtbevölkerung bei 22 Prozent. Diese Durchschnittszahlen sollen aber nicht verstellen, dass es extreme Unterschiede zwischen Ländern gibt. Eher syndikalistische Länder wie Frankreich, Spanien und Portugal weisen sehr schwache Organisationsgrade von unter zehn Prozent auf, Dänemark und Schweden hingegen weit über 50 Prozent. Gemeinsam bleibt ihnen aber, dass sozialdemokratische Wähler stärker organisiert sind als der Durchschnitt der Wähler (siehe Tabelle 6).

Auch wenn im Zuge des sozialen und Beschäftigungswandels ein starker Rückgang der Organisationsgrade zu konstatieren gewesen ist (und vermutlich weiter zu beobachten sein wird), handelt es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern unter den Wählerinnen und Wählern im Durch-

schnitt der zwölf Länder immer noch um etwa 22 Prozent. Das ist keine zu vernachlässigende Größe für sozialdemokratische Parteien, und zwar aus zwei Gründen: Erstens, weil es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern um einen identitätsbezogenen Kernbestand der sozialdemokratischen Wählerschaft handelt, und zweitens, weil der Anteil immer noch so hoch ist, dass hier die häufig minimalen Stimmenmargen, die zwischen Oppositions- und Regierungsstatus entscheiden, zu erzielen sind. Immerhin wählen Gewerkschafter überproportional sozialdemokratisch (siehe Kapitel 6).

Die Abnahme der Gewerkschaftsmitglieder unter sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern und in der Gesamtbevölkerung ist in den Ländern unterschiedlich, insgesamt aber ähnlich. Zwischen den Jahren 2002 und 2008 hält sich die Abnahme in Grenzen (im Durchschnitt: -3,2 Prozent im sozialdemokratischen Elektorat, -3,4 Prozent in der Gesamtbevölkerung; siehe Tabelle 7).

Auch in Bezug auf die Bildungsschichten ergibt sich, dass sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler im Vergleich zur übrigen Wählerschaft leicht stärker als der Durchschnitt über lediglich primäre Bildungsabschlüsse und leicht unterdurchschnittlich über tertiäre Bildungsabschlüsse verfügen. Das gilt allerdings nicht in Polen und Frankreich. Interessanterweise sind Personen mit lediglich primären Bildungsabschlüssen dort unter sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern weniger zu finden als in der Gesamtbevölkerung, während Personen mit tertiären Bildungsabschlüssen unter sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern in diesen beiden Ländern überproportional häufig vertreten sind (siehe Tabelle 8).

Bezogen auf die Berufe sozialdemokratischer Wählerinnen und Wähler ergibt sich kein eindeutig abgrenzbares Profil. Es gilt zwar, dass entsprechend der Einordnung nach dem ISCO88 (Internationale Standardklassifikation der Berufe) industrie- oder handwerksbezogene Arbeitnehmer sowie Hilfsarbeitskräfte etwas häufiger in der sozialdemokratischen Wählerschaft zu finden sind als im Bevölkerungsdurchschnitt und entsprechend Unternehmensleiter, Akademikerberufe, Techniker und Büroangestellte etwas seltener. Insgesamt ergeben sich zur Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung im Durchschnitt aller Länder aber nur marginale Abweichungen. Aus dieser Perspektive betrachtet sind sozialdemokratische Parteien echte Volksparteien (siehe Tabellen A3).



Tabelle 7: Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaft bei sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung

Land	2002	2004	2006	2008	Summe Veränderungen	Summe Veränderungen in der Bevölkerung
AT	36,8	29,9	32,4		-4,4	-3,6
CZ	17,9	11,6			-6,3	-4,9
DE	20,0	18,4	14,0	21,2	1,2	-2,3
DK	73,8	73,7	71,0	71,0	-2,8	-4,9
ES	13,3	9,5	10,1	8,7	-4,7	-0,8
FR	10,6	9,4	9,4	10,9	0,3	0,2
GB	24,1	20,7	23,0	22,0	-2,1	-2,8
HU	12,2	11,3	13,2	6,8	-5,5	-5,1
NL	30,9	30,1	27,3	29,1	-1,8	-4,0
PL	11,6	9,5	9,0	11,1	-0,6	-2,6
PT	13,3	7,0	7,3	8,5	-4,8	-1,9
SE	72,1	70,2	70,0	65,5	-6,6	-8,4
<b>Mittel</b>	<b>28,1</b>	<b>25,1</b>	<b>26,1</b>	<b>25,5</b>	<b>-3,2</b>	<b>-3,4</b>

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Tabelle 8: Höchste Bildungsabschlüsse sozialdemokratischer Wählerschaft in zwölf Ländern (über alle Zeitpunkte kumuliert)

	Höchster Bildungsabschluss					
	Unter sozialdemokratischen Wählern			Differenz zu allen Wählern		
	Primär	Sekundär	Tertiär	Diff. Primär	Diff. Sek.	Diff. Tert.
AT	19,2	75,6	5,1	2,4	0,9	-3,3
CZ	0,5	91,9	7,6	0,0	4,4	-4,5
DE	0,8	71,5	27,8	0,0	2,4	-2,4
DK	1,9	77,0	21,2	0,6	6,4	-7,0
ES	38,6	45,5	15,9	1,2	1,8	-3,0
FR	18,5	46,1	35,4	-3,1	-2,5	5,6
GB	0,7	70,7	28,6	0,1	3,9	-4,0
HU	27,4	56,8	15,9	3,2	-1,7	-1,6
NL	11,6	62,6	25,8	4,2	-2,8	-1,5
PL	15,2	67,2	17,7	-5,0	4,2	0,8
PT	67,5	22,3	10,2	5,7	-4,7	-1,0
SE	26,1	49,6	24,3	7,9	3,6	-11,5
Ländermittel	19,0	61,4	19,6	1,4	1,3	-2,8
n = 100 %	3.964	11.193	4.053	10.960	36.236	14.837

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).



Tabelle 9: Altersstruktur sozialdemokratischer Wählerschaft in zwölf Ländern im Vergleich

Altersklasse	Sozialdemokratische Wähler				Wähler anderer Parteien			
	2002	2004	2006	2008	2002	2004	2006	2008
	%	%	%	%	%	%	%	%
bis 18	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
bis 25	7,8	7,3	7,7	6,2	9,8	8,1	9,2	7,4
bis 30	6,2	6,9	5,9	5,8	7,0	6,8	6,5	7,0
bis 35	7,5	7,1	7,8	6,9	9,0	8,4	8,0	7,9
bis 40	9,8	10,1	8,4	8,4	10,5	9,7	9,6	9,1
bis 50	20,8	21,1	21,6	20,8	20,7	20,8	21,0	20,3
bis 65	28,7	29,5	28,1	28,8	25,8	26,8	26,7	27,3
bis 75	12,2	12,5	12,9	14,6	11,4	12,9	12,0	13,2
76 u. älter	6,8	5,6	7,6	8,6	5,9	6,5	6,9	7,8
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
n = 100 %	5.508	5.229	4.979	4.567	11.635	11.264	11.476	10.428
<b>Altersmittel in Jahren:</b>								
Wählerinnen u. Wähler	49,8	49,6	50,4	51,8	48,0	49,4	49,1	48,2
Im Vergleich: Gesamtbev.	46,5	47,0	47,6	48,5	46,5	47,0	47,6	48,5

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Weniger Volksparteiencharakter weisen sozialdemokratische Parteien im Durchschnitt aller zwölf Länder hinsichtlich ihrer Altersstruktur auf. Sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler finden sich im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt deutlich weniger unter den Jüngeren (bis 40 Jahre) und mehr unter den Älteren (hier insbesondere 50- bis 65-Jährige (siehe Tabelle 9)).

Zwar ergibt sich über den Zeitraum von 2002 bis 2008 kein Trend hin zu einer weiteren Alterung sozialdemokratischer Wählerschaften. Die Abweichungen des durchschnittlichen Alters der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler vom Bevölkerungsdurchschnitt sind mit etwa drei oder mehr Jahren allerdings sehr deutlich. Das mittlere Alter der Wählerschaften anderer Parteien liegt im Durchschnitt bis zu knapp zwei Jahre tiefer, was allerdings auch immer noch mehr als der Altersdurchschnitt der Bevölkerung ist. Insgesamt sind die Konkurrenzparteien aber in den jüngeren Altersgruppen bis 35 Jahren deutlich besser aufgestellt: Während diese Altersgruppen bei den sozialdemokratischen Parteien knapp 21 Prozent ausmachen, sind es bei den Konkurrenzparteien knapp 24 Prozent, in den älteren Altersgruppen ab 65 Jahren

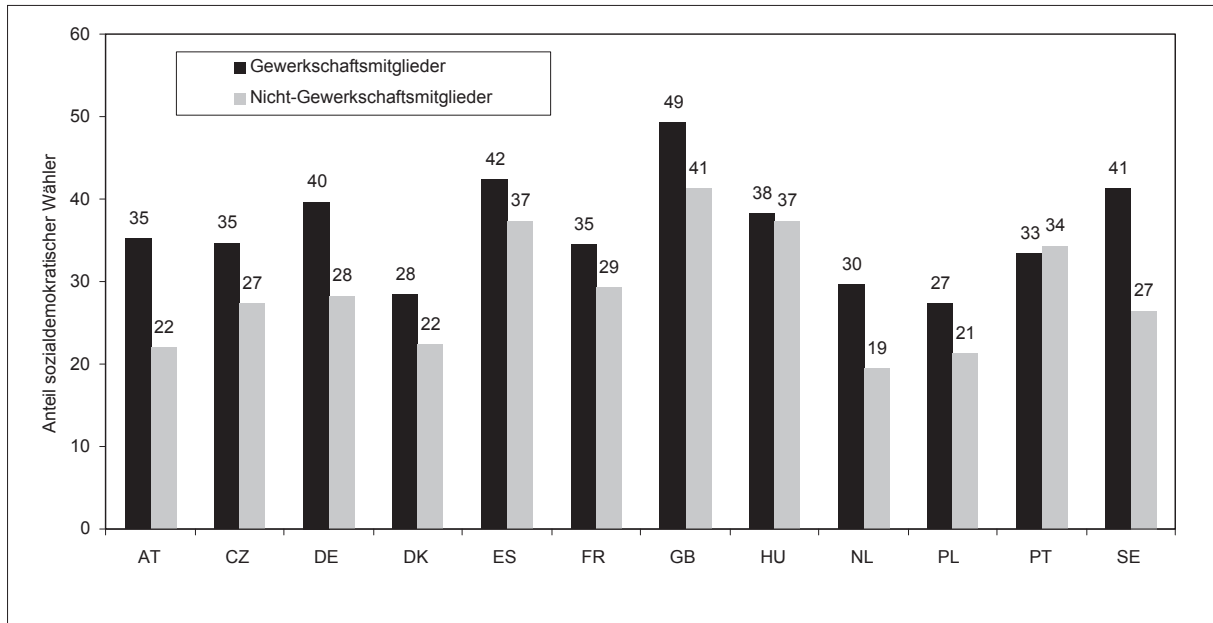
finden sich 49 Prozent sozialdemokratischer Wählerinnen und Wähler, aber nur knapp 46 Prozent bei den Konkurrenzparteien. Strategisch ist es für die Sozialdemokratie von entscheidender Bedeutung, in den jüngeren Wählergruppen stärkere Erfolge zu erzielen, nicht zuletzt um auch Wählernachwuchs zu produzieren.

## 6. Wahlverhalten von Kerngruppen der Sozialdemokratie: Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter 2002 bis 2008

Sozialstrukturelle Profile der Wählerschaften sind ein Merkmal, eine Partei und ihre Identität zu charakterisieren. Gleichzeitig muss man sich die Frage stellen, wie verhaltenswirksam soziale Lagen für die Wahlentscheidung sind. Auch wenn die traditionellen Kerngruppen der Sozialdemokratie durch sozialen Wandel abschmelzen, heißt das nicht, dass ihnen nicht eine besondere Bedeutung für die Identität einer Partei zukommt. Auch wenn sie quantitativ und damit elektoral von immer geringerem Gewicht sind, bleibt die Frage für eine sozialdemokratische Partei doch, ob sie mit ihrem politischen



Schaubild 7: Wähleranteil sozialdemokratischer Parteien unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in zwölf Ländern (über Zeit gepoolt)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Angebot diese Gruppen noch erreicht. Weniger elektoraler Opportunismus, sondern Identitätsbestimmung und -bestätigung sind dabei zentrale Punkte. Dass Parteien unbarmherzig von ihrer Wählerschaft abgestraft werden, wenn sie als historische Institutionen zu stark von ihrer Identität abweichen, ist bekannt, über positive Nachzugseffekte, die sich aus dem »Kurs halten« ergeben, allerdings weitaus weniger. Darüber soll hier auch nicht spekuliert werden. Vielmehr geht es darum, zu fragen, ob sich die Identität der Sozialdemokratie noch in dem Wahlverhalten ihrer traditionellen Kerngruppen, den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, ausdrückt.

Gewerkschaftsmitgliedschaft trägt durchgängig in fast allen Ländern (Portugal ist dabei die Ausnahme) nach wie vor zu einer überproportionalen Stimmabgabe für sozialdemokratische Parteien bei. Im Ländermittel sind es fast zehn Prozentpunkte Differenz. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den Ländern allerdings beträchtlich. Am geringsten ist die Differenz mit knapp einem Prozentpunkt in Ungarn, am höchsten mit fast 15 Prozentpunkten in Schweden (siehe Schaubild 7).

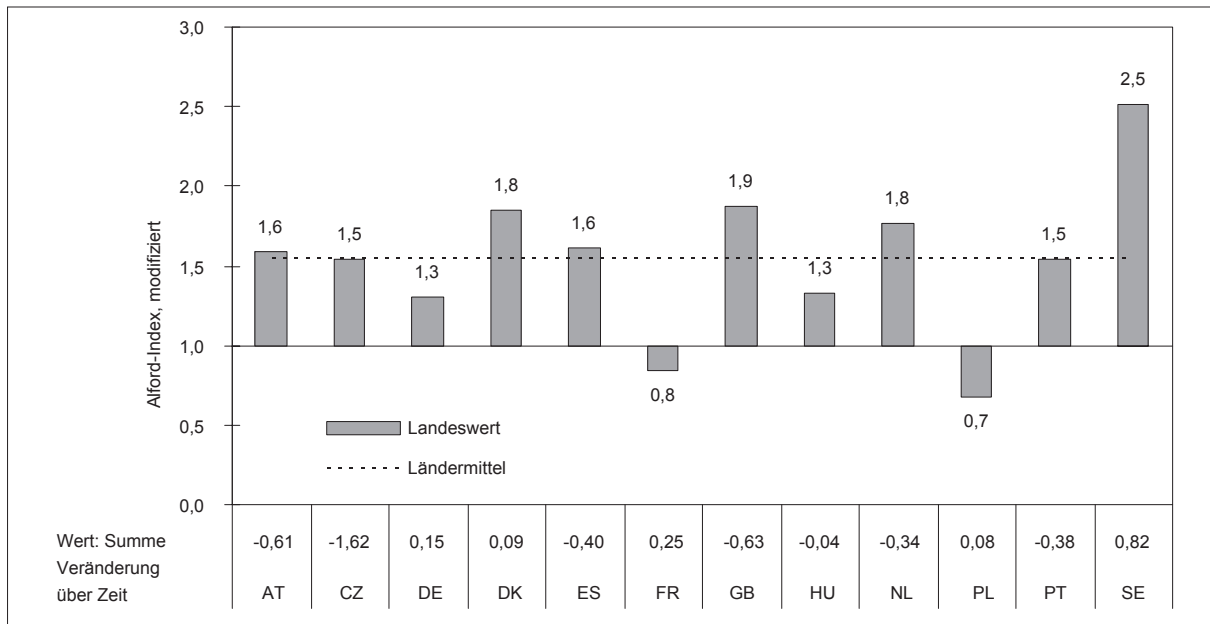
Gilt gleiches auch für die Arbeiterschaft als Wählergruppe? Ein traditionelles Maß stellt der nach seinem Er-

finder benannte Alford-Index des *Class-Voting* dar. Dieses Maß hat allerdings die Schwäche, dass die Über- oder Unterproportionalität des Klassenwahlverhaltens nicht auf die Parteistärken standardisiert wird. Daher soll hier ein modifiziertes Alford-Maß Anwendung finden, das diesem Umstand Rechnung trägt. Es vergleicht das Verhältnis des Anteils der Arbeiter, die sozialdemokratisch wählen, zu Arbeitern, die nicht sozialdemokratisch wählen, mit dem Verhältnis des Anteils der Nicht-Arbeiter, die sozialdemokratisch wählen, zu Nicht-Arbeitern, die nicht sozialdemokratisch wählen. Es misst also die relative Disproportionalität im Wahlverhalten von Arbeitern und Nicht-Arbeitern zugunsten der Sozialdemokratie. Auch hier ergeben sich fast durchgängig die erwarteten Verhältnisse. Die Ausnahmen sind Frankreich und Polen, die Länder, für die auch die Bildungszusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft von allen anderen Ländern abweicht. Ansonsten ergibt sich über alle Länder und Zeitpunkte hinweg, dass unter Arbeitern die Wahl sozialdemokratischer Parteien im Verhältnis 50 Prozent höher liegt als unter Nicht-Arbeitern (siehe Schaubild 8).

In Schweden wählen Arbeiter im Verhältnis 2,5-mal so häufig sozialdemokratisch wie Nicht-Arbeiter, was das skandinavische Land wiederum zum Spitzenreiter macht.



Schaubild 8: Modifizierter Alford-Index (Überproportionalität sozialdemokratischer Wähler unter Arbeitern in der Industrie)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Abgesehen von Frankreich und Polen, wo Arbeiter verhältnismäßig unterdurchschnittlich sozialdemokratisch wählen, liegt der Anteil in Deutschland und Ungarn mit etwa 30 Prozent am niedrigsten. Zusammengefasst zeigt sich aber trotz aller abschwächenden Tendenzen im Zuge des sozialen Wandels, dass die ehemals bedeutenden Kernwählerschaften der Sozialdemokratie, Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, immer noch zu einer überproportionalen Stimmabgabe zugunsten der Sozialdemokratie beitragen.

## 7. Krise der Sozialdemokratie?

Diese datengestützte Betrachtung der immer wiederkehrenden These vom Ende der Sozialdemokratie oder ihres Zeitalters hat aus zwei Perspektiven beleuchtet, was von derartigen Abgesängen zu halten ist: erstens mit Blick auf die elektorale Performanz und die Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien in zwölf Ländern Europas über einen Zeitraum von 20 Jahren; zweitens im Hinblick auf die Frage, ob es ein spezifisches Profil sozialdemokratischer Wählerschaften gibt. Der zweite Aspekt ist dabei stark mit der Frage nach der Identität der Sozialdemokratie verbunden.

Hinsichtlich der ersten Perspektive – elektorale Performanz und Regierungsbeteiligung – ist eines ganz deutlich: Weder kann davon ausgegangen werden, dass die schlechtesten Wahlergebnisse der Sozialdemokratie jüngsten Datums sind, noch kann der umgekehrte Schluss gezogen werden. Die Betrachtung von Zugewinnen und Verlusten von einer Wahl zur nächsten oder in Folge ergab eine ausgesprochen ausgeglichene Bilanz. Gewinne und Verluste halten sich sowohl von einer zur nächsten Wahl, als auch in Folge, die Waage. Auch lassen sich in den vier von allen zwölf Ländern erlebten elektoralen Zyklen seit 1990 keine Abschwächungstendenzen feststellen. Was die Regierungsbeteiligung und -führung angeht, ist die Bilanz im letzten Jahrzehnt mindestens so gut wie die im ersten Jahrzehnt ab 1990, was die auf Tage umgerechneten Regierungszeiten zeigen konnten. In der zweiten Dekade (2000–2009) waren Sozialdemokraten sogar häufiger führend an der Regierung beteiligt als im ersten Jahrzehnt. Alle aus kurzfristigen Entwicklungen möglicherweise herzuleitenden negativen Perspektiven sind damit zumindest stark zu relativieren, ja zu verwerfen. Wie bei allen Vergleichen hängt es von dem Zeitrahmen ab, der untersucht wird. Die zweite Hälfte der 1990er Jahre zeichnete sich durch einen enormen Aufstieg der Sozialdemokratie in Europa aus, mit einem



Höhepunkt (hinsichtlich der Regierungsbeteiligung) im Jahr 1999 und einem darauffolgenden Abstieg bis etwa 2004/05. Das Niveau liegt aber in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre deutlich über dem der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Hintergrund dieser Veränderungen ist weniger eine strukturelle Krise als vielmehr eine elektoralzyklische Entwicklung. Die Entwicklung verläuft aber in den West-Ländern anders als in den Ländern Osteuropas oder Südeuropas. Teilweise treten aufgrund gegenläufiger Entwicklungen Kompensationen der stärker negativen Entwicklung in der Gruppe der West-Länder im Gesamtschnitt auf. Aber auch bezogen auf die West-Länder aus der Gruppe der zwölf genauer betrachteten (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweden) sind die Stimmenanteile, Regierungsbeteiligung und -führung in der zweiten Hälfte der letzten Dekade immer noch auf mindestens gleicher Höhe wie Anfang der 1990er. Im Europa der 27 ergibt sich bezogen auf die EU-17-Länder der gleiche Befund.

Auch wenn die Entwicklung der Stimmenanteile und der Regierungsbeteiligung keinen Trend aufweisen und Schwankungen dem zu erwartenden Auf und Ab im Wahlzyklus durch Abnutzungseffekte von Regierungen entsprechen, heißt das nicht, dass einer Niederlage automatisch ein Sieg folgt. Nur wer aus der Opposition heraus klare Alternativen zur Regierung anbietet, beschleunigt den Abnutzungseffekt und kann aus einem Ab auch wieder ein Auf machen. Das ist den sozialdemokratischen Parteien im Durchschnitt und in der Summe in den letzten zwei Jahrzehnten gut gelungen. Nur wenn sie auch weiterhin die richtige Aufstellung finden und ein überzeugendes Profil anbieten, wird ihnen das auch in Zukunft gelingen.

Was die soziodemographischen Wählerprofile angeht, zeigt sich, dass in der Tendenz zu den sozialdemokratischen Wählerschaften leicht überproportional Bevölkerungsteile zu zählen sind, die sowohl beruflich als auch bezogen auf (Schul-)Bildung zu den weniger Privilegierten gehören. Allerdings sind das ganz schwache Tendenzen. Die Sozialdemokratie in Europa entspricht ihrer Wählerschaft nach eher einer breiten Volkspartei. Das stimmt im Wesentlichen mit einer gravierenden Ausnahme: Jüngere Altersgruppen sind in ihrer Wählerschaft unterproportional, ältere überproportional vertreten. Andere Parteien haben im Schnitt jüngere Wählerschaften, wenn auch diese ebenfalls im Durchschnitt älter sind als

die Bevölkerung im Schnitt. Hier könnte den sozialdemokratischen Parteien ein Defizit erwachsen, das sich in der Zukunft negativ bemerkbar machen würde, wenn es nicht gelingt, Wählernachwuchs zu gewinnen.

Betrachtet man den anderen Aspekt, nämlich inwieweit bestimmte soziale Gruppen in besonderer Weise sozialdemokratisch wählen, ergibt sich im Grundsatz das erwartete Bild: Gewerkschafter wählen im Durchschnitt zu zehn Prozentpunkten mehr sozialdemokratisch als Nicht-Gewerkschafter, Arbeiter wählen verhältnismäßig, nach einem modifizierten Alford-Maß berechnet, 50 Prozent häufiger sozialdemokratisch als Nicht-Arbeiter. Das mag aus elektoralen Gesichtspunkten eher marginal erscheinen, wenn die Entwicklung der Gruppengrößen von Gewerkschaftern und Arbeitern im sozialen Wandel betrachtet wird. Aber Wahlen werden häufig mit kleinen Margen gewonnen, für die diese Wählerschaften einerseits direkt entscheidend sein können, andererseits ist dieser Aspekt deshalb so wichtig, weil in der Repräsentation dieser Sozialgruppen der historische Identitätskern der Sozialdemokratie liegt, den sie sich augenscheinlich hat bewahren können und dessen mobilisierende Wirkung nicht unterschätzt werden darf.



# Anhang

Tabelle A1: Stimmenanteile sozialdemokratischer Parteien nach Ländern (1990–2009)

Jahr	Mittel 12 Länder	DE	DK	FR	GB	NE	PL	PO	SE	ES	CZ	HU	AU	Mittel	West	Süd	Ost	Größte Konkurrenzpartei
1990	31,1	33,5	37,4									8,8	42,8	30,6	37,9		8,8	29,7
1991	26,2						11,3	29,6	37,7					26,2	37,7	29,6	11,3	28,2
1992	21,0			34,4							7,7			21,0	34,4		7,7	37,9
1993	26,2			19,0			20,4			39,1				26,2	19,0	39,1	20,4	23,6
1994	34,7	36,4	34,6			24,0			45,3			38,6	34,9	35,6	35,0		38,6	26,8
1995	41,3							44,6					38,1	41,3	38,1	44,6		31,5
1996	32,0									37,6	26,4			32,0		37,6	26,4	34,2
1997	31,9			25,5	43,2		27,1							31,9	34,3		27,1	27,1
1998	34,7	40,9	35,9			29,0			36,4		32,3	37,9		35,4	35,6		35,1	26,2
1999	38,8							44,4					33,2	38,8	33,2	44,4		29,8
2000	34,2									34,2				34,2		34,2		44,5
2001	35,9		29,1		40,7		38,0							35,9	34,9		38,0	25,2
2002	33,3	38,5		25,3		15,1		38,6	39,9		30,2	43,7	36,5	33,5	31,1	38,6	37,0	33,5
2003	27,3					27,3								27,3	27,3			28,6
2004	42,6									42,6				42,6		42,6		37,7
2005	30,6	34,2	25,8		35,2		11,3	46,4						30,6	31,8	46,4	11,3	30,6
2006	33,4					21,2			35,0		32,3	45,8	35,3	33,9	30,5		39,1	35,0
2007	21,6		25,5	26,1			13,2							21,6	25,8		13,2	36,0
2008	36,6									43,9			29,3	36,6	29,3	43,9		33,0
2009	30,4	23,0						37,7						30,4	23,0	37,7		31,9
Mittel	32,2	34,4	31,4	24,0	38,4	23,3	20,2	40,2	38,8	39,5	25,8	35,0	35,7	32,3	31,7	39,9	24,2	31,6
1990er	31,8	36,9	36,0	22,3	38,8	26,5	19,6	39,5	39,8	38,4	22,1	28,4	37,2	31,9	33,9	39,1	21,9	29,5
2000er	32,6	31,9	26,8	25,7	37,9	21,2	20,8	40,9	37,4	40,2	31,3	44,8	33,7	32,6	29,2	40,5	27,7	33,6

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

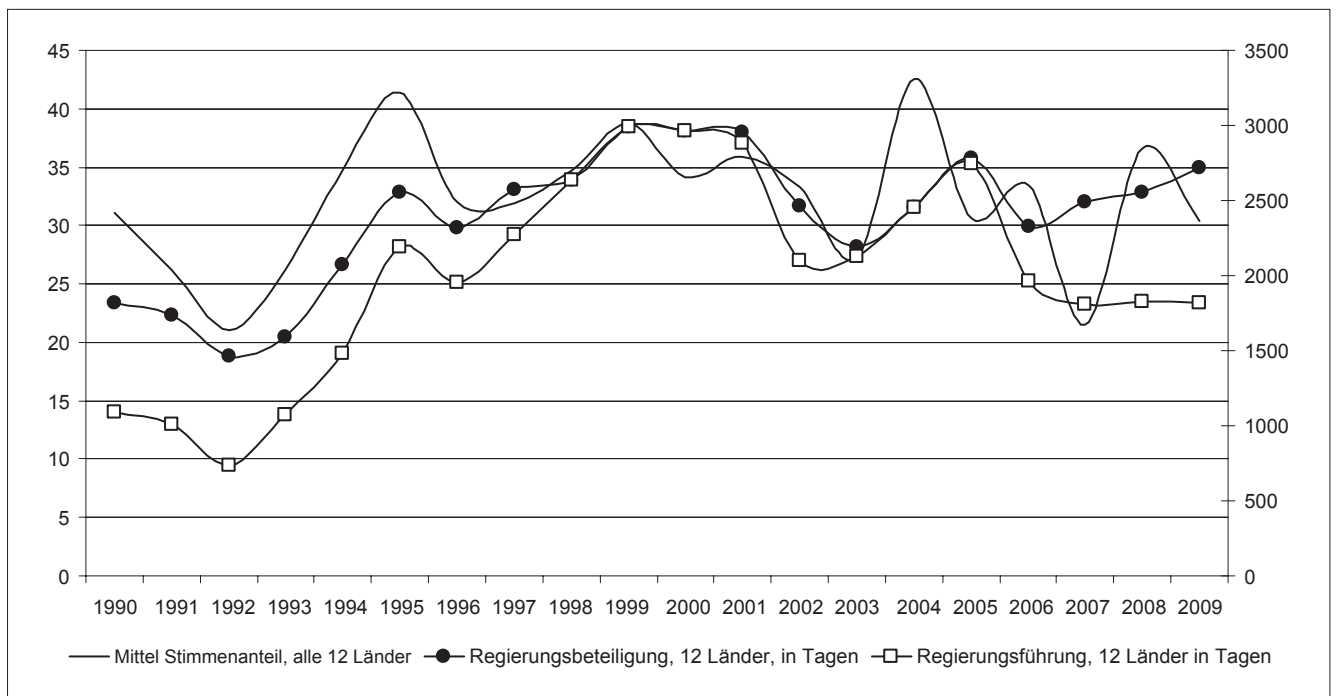


Tabelle A2: Anteil sozialdemokratischer Wähler (Recall) unter Gewerkschaftsmitgliedern über Zeit im Vergleich

	Stimmenanteile unter Gewerkschaftsmitgliedern					Differenz zu Stimmenanteil unter allen Wählern				Anteil Gewerkschaftsmitglieder	
	2002	2004	2006	2008	Mittel	2002	2004	2006	2008	Gesamt-bev.	Wähler
AT	37,6	30,9	36,0		34,8	11,8	6,8	11,4		20,3	23,8
CZ	43,5	28,1			35,8	9,9	3,3			9,5	11,6
DE	38,5	42,3	36,5	41,4	39,7	7,1	12,9	5,7	14,3	12,1	13,8
DK	31,4	27,3	27,0	27,7	28,4	1,8	1,9	1,9	2,4	63,5	67,4
ES	41,3	43,9	39,9	43,9	42,3	12,2	3,1	1,7	3,1	7,6	8,9
FR	33,7	39,6	31,7	34,0	34,8	4,8	8,6	2,5	4,5	6,9	8,7
GB	49,6	49,7	48,1	49,6	49,3	4,6	4,2	7,5	8,6	16,1	19,6
HU	43,6	40,1	34,3	31,4	37,3	-0,3	1,6	-0,1	-0,2	9,2	10,9
NL	22,5	34,8	31,6	32,8	30,4	6,1	9,0	7,4	11,0	19,1	21,4
PL	43,0	27,2	11,9	12,1	23,6	4,9	-3,2	3,5	4,8	6,8	8,6
PT	36,8	19,5	39,4	42,3	34,5	8,8	-11,7	1,7	4,9	6,9	8,7
SE	44,2	43,3	36,8	40,7	41,3	6,7	4,6	5,8	6,8	55,2	59,5
Mittel	38,8	35,6	34,0	35,6		6,5	3,4	4,4	6,0	19,4	21,9
n = 100 %	4.770	4.348	4.114	3.500		22.995	24.100	22.359	20.500		

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey* 1–4 (2002–2008).

Schaubild A1: Mittlerer Stimmenanteil und Tage der Regierungsbeteiligung und Regierungsführung sozialdemokratischer Parteien in zwölf Ländern



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Datenbank »Parties, Elections and Governments«, Abteilung »Demokratie«, WZB.

Tabelle A3: Berufe sozialdemokratischer Wähler in zwölf Ländern

	AT	CZ	DE	DK	ES	FR	GB	HU	NL	PL	PT	SE	soziald. Wähler	Diff. zu allen Wählern
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%-Punkte
isogroup1														
Gesetzgeber und hochrangige Beamte	0,0	0,0	0,2	0,2	0,2	0,0	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,6	0,2	-0,1
Leitende Bedienstete von Interessenorganisationen	0,0	0,0	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0
Direktoren und Hauptgeschäftsführer gr. Unternehmen	4,2	1,3	3,1	4,1	1,6	3,4	8,2	4,0	7,1	13,5	0,7	3,0	4,7	-0,8
Leiter kleiner Unternehmen	2,4	3,9	2,7	1,4	4,4	3,2	3,0	2,7	5,1	1,9	2,7	0,9	2,9	-0,9
Hauptgruppe 2: Professionals	8,6	8,3	14,9	13,2	8,9	22,6	13,7	11,4	19,0	7,6	8,4	13,6	13,6	-1,1
Hauptgruppe 3: Techniker und techn. Fachkräfte	17,3	20,7	23,6	19,9	10,9	24,6	11,4	10,4	18,8	16,5	6,9	15,8	16,5	-0,9
Hauptgruppe 4: Büromangestellte	22,9	10,6	13,2	9,7	8,4	13,2	11,2	9,5	12,7	8,4	10,8	10,3	11,5	-0,5
Hauptgruppe 5: In Geschäften und auf Märkten tätige Arbeitnehmer	16,9	8,1	11,4	14,8	15,9	9,9	17,9	11,0	11,6	9,8	14,2	21,5	13,9	0,7
Hauptgruppe 6: Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei	1,2	2,1	1,5	1,0	5,5	0,8	0,6	2,1	0,8	7,1	3,2	1,1	2,2	-1,2
Hauptgruppe 7: Handwerks- und verwandte Berufe	11,8	20,7	14,8	13,0	17,4	6,8	8,4	19,9	11,4	15,8	22,4	12,1	13,4	1,2
Hauptgruppe 8: Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer	5,4	14,3	7,6	9,2	7,8	5,5	10,8	9,5	5,0	9,8	13,0	13,5	8,8	1,6
Hauptgruppe 9: Hilfsarbeitskräfte	9,2	9,5	6,7	13,1	19,0	9,6	14,7	17,8	8,2	8,4	17,3	7,5	11,9	2,0
Hauptgruppe 0: Streitkräfte	0,0	0,6	0,4	0,2	0,0	0,4	0,1	1,2	0,1	1,2	0,4	0,0	0,3	0,0
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		
n = 100 %	1.187	623	2.468	1.382	1.844	1.407	2.380	1.685	1.316	932	1.684	2.198	19.106	60.899

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des *European Social Survey 1-4 (2002-2008)*.





## Über den Autor

**Dr. Bernhard Weßels** ist Sozialforscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und lehrt Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Hauptarbeitsgebiete sind politische Soziologie, Interessenvermittlung und politische Repräsentation im internationalen Vergleich sowie Wahl- und Einstellungsforschung.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen unseres Projektes »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«, welches den Zustand und Perspektiven der sozialen Demokratie analysiert und ausländische Reform Erfahrungen für Deutschland nutzbar macht.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

**ISBN 978-3-86872-320-5**